

Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Damen und Herren,

wir beraten heute nicht irgendeinen Haushalt. Wir beraten einen Haushalt in einer Zeit, in der unsere Stadt finanziell unter erheblichem Druck steht. Gerade deshalb ist heute nicht der Zeitpunkt für politische Schaufensteranträge, für Symbolpolitik oder für kurzfristige Schlagzeilen. Heute geht es um Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Kolpingstadt Kerpen, Ehrlichkeit und Prioritätensetzung.

Für uns als CDU-Fraktion ist klar: Ein Haushalt muss tragfähig, nachvollziehbar und fair gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sein. Genau daran messen wir diesen Haushalt.

Verantwortung statt Wunschliste

In den vergangenen Wochen haben wir sehr deutlich gemacht, dass wir nicht bereit sind, einen Haushalt einfach durchzuwinken, wenn zentrale Fragen offen sind, wenn Veränderungen auf den letzten Drücker vorgelegt werden und wenn andere Fraktionen vor allem zusätzliche Ausgabenfordern, aber zu wenig zur Konsolidierung beitragen.

Wir haben früh gesagt: Wer Ausgaben beschließt, muss auch sagen, wie sie bezahlt werden sollen.

Und wir haben ebenso früh gesagt: Die Erhöhung der Grundsteuer B darf nicht reflexartig zur einfachen Lösung werden.

Denn am Ende zahlen nicht "die Stadt" oder "das System", sondern die Menschen in Kerpen: Familien, Eigentümer, Mieter, Unternehmen, Vereine. Deshalb ist es aus unserer Sicht politisch falsch, steigende Belastungen einfach immer weiter nach außen durchzureichen, ohne zuvor das eigene Ausgabenverhalten ehrlich zu überprüfen.

Die CDU hat geliefert

Während andere lange angekündigt, gefordert oder vertagt haben, hat die CDU konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung auf den Tisch gelegt und mit Bündnis 90 / Die Grünen und der BBK - UWG Fraktionen gemeinsam Einsparungen benannt.

Wir haben Prioritäten gesetzt.

Und wir haben deutlich gemacht, dass Konsolidierung nicht durch schöne Worte entsteht, sondern durch Entscheidungen.

Zu diesen Einsparungen gehören unter anderem kritisch hinterfragte Ansätze bei Einzelmaßnahmen, bei Investitionen und bei konsumtiven Ausgaben. Nach unseren Vorschlägen und den vorliegenden Veränderungslisten zeigen sich Einsparpotenziale in erheblicher Größenordnung. Damit wird überhaupt erst ein Handlungsspielraum geschaffen, um den Haushalt seriös zu beraten, statt ihn unter Zeitdruck und mit unzureichender Vorbereitung zu beschließen.

Das ist der Unterschied zwischen Gestaltungswillen und politischer Kulisse.

Sorgfalt vor Zeitdruck

Ein Haushalt ist das zentrale Steuerungsinstrument einer Kommune. Wer hier schlampig arbeitet, gefährdet nicht nur Zahlenwerke, sondern Vertrauen.

Deshalb war und ist unser Hinweis berechtigt, dass Beratungsbedarf besteht, wenn Unterlagen zu spät kommen, wenn Antworten der Verwaltung unvollständig bleiben und wenn politische Mehrheiten unter Druck organisiert werden sollen, bevor alle Fakten sauber auf dem Tisch liegen.

Gründliche Haushaltsberatung ist kein Störfaktor. Sie ist demokratische Pflicht.

Wir lassen uns daher auch künftig nicht dafür kritisieren, wenn wir auf Ordnung, Transparenz und Nachvollziehbarkeit bestehen. Genau das erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns.

Klarer Maßstab bei neuen Ausgaben

Wir sagen auch deutlich: Nicht jeder Wunsch kann in dieser Haushaltslage erfüllt werden.

Deshalb gilt für uns ein einfacher Maßstab:

- Pflichtaufgaben haben Vorrang.
- Sicherheit, Bildung, Betreuung und funktionierende Infrastruktur haben Vorrang.
- Investitionen müssen realistisch, notwendig und priorisiert sein.
- Zusätzliche freiwillige Leistungen brauchen eine belastbare Begründung.

Wer in dieser Lage immer neue Ausgaben fordert, ohne Gegenfinanzierung zu benennen, handelt nicht verantwortungsvoll. Und wer jede Sparmaßnahme sofort moralisch diskreditiert, handelt populistisch, gibt auf komplizierte Sachverhalte zu einfache Antworten und handelt verantwortungslos.

Die Erftlagune: emotional wichtig, finanziell hochproblematisch

Ein besonders deutliches Beispiel ist die Erftlagune.

Ja, die Erftlagune ist vielen Menschen wichtig.

Ja, Schwimmbäder haben einen hohen Wert für Familien, Schulen, Vereine und die Schwimmausbildung.

Und ja, niemand – und auch wir nicht - macht es sich leicht, wenn über ihre Zukunft gesprochen wird.

Aber ebenso klar ist: Wir dürfen emotionale Bedeutung nicht mit finanzieller Tragfähigkeit verwechseln.

Die vorliegenden Zahlen zur Erftlagune sind alarmierend:

- Für 2026 steht ein Gesamtdefizit von rund 3,15 Millionen Euro im Raum.
- Das entspricht einer Belastung von 44,16 Euro je Einwohner jedes Jahr.
- Den ordentlichen Aufwendungen von 3.76 Mio Euro stehen lediglich knapp 683 Tausend Euro Erträge gegenüber.
- Hohe Personalkosten, erhebliche Energiekosten, hohe Instandhaltungskosten und weitere absehbare Investitionen in Technik und Anlagen belasten das Budget.

Das alles zeigt: In der jetzigen Form ist die Erftlagune finanziell nicht tragfähig.

Wer daran festhalten will, muss den Bürgerinnen und Bürgern auch ehrlich sagen, was das bedeutet. Man kann nicht auf Dauer so tun, als ließe sich ein strukturelles Millionendefizit politisch wegmoderieren. Genau

deshalb war unser Antrag zur Kostenaufstellung richtig und notwendig. Erst wenn die tatsächlichen Belastungen offen benannt werden, kann überhaupt seriös über die Zukunft entschieden werden.

Ehrlichkeit statt Verdrängung

Für uns steht fest: Die Debatte über die Erftlagune muss ehrlich geführt werden.

Das bedeutet nicht automatisch, dass man vorschnell eine Schließung fordert.

Es bedeutet aber sehr wohl, dass man nicht länger so tun darf, als gäbe es keine harten Zielkonflikte.

Wenn öffentliche Schwimmbadangebote erhalten bleiben sollen, dann braucht es:

- ein belastbares Betriebskonzept,
- eine klare Priorisierung,
- realistische Einsparziele, die auch erreicht werden müssen
- und vor allem vollständige Transparenz über die tatsächlichen Kosten.

Ein runder Tisch kann dabei sinnvoll sein - aber auch ein runder Tisch ersetzt keine finanzielle Wahrheit. Am Ende braucht es tragfähige Entscheidungen und kein Ausweichen vor ihnen.

Unser Verständnis von Kommunalpolitik

Kommunalpolitik muss nah an den Menschen sein. Aber Nähe zu den Menschen zeigt sich nicht darin, ihnen immer neue Versprechen zu machen. Nähe zeigt sich darin, ihnen die Wahrheit zu sagen - auch dann, wenn sie unbequem ist.

Die CDU-Fraktion steht für eine Politik,

- die Verantwortung vor Bequemlichkeit stellt,
- die Prioritäten vor Beliebtheit setzt,
- und die solide Finanzen nicht als technisches Detail, sondern als Voraussetzung für Handlungsfähigkeit begreift. Nicht nur heute, auch in der Zukunft!

Denn nur eine Stadt, die ihre Finanzen im Griff behält, kann auch künftig investieren: in Schulen, Kitas, Sicherheit, Straßen, Digitalisierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die CDU Fraktion wird diesem Haushalt 2026 mit großen Bedenken zustimmen,

aber wir werden weiterhin Fehlentwicklungen benennen.

Wir werden unrealistische Planungen nicht schönreden.

Wir werden Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht leichtfertig mittragen.

Und wir werden weiter konkrete Vorschläge machen, wie Konsolidierung und kommunale Verantwortung zusammengehen.

Vielen Dank.

Heiner Funke

Fraktionsvorsitzender der CDU Fraktion